

Zeitschrift: Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer
Band: 23 (1996)
Heft: 1

Artikel: Die Schweiz und ihre Kantone : Föderalismus: Pfeiler schweizerischer Identität
Autor: Miéville, Daniel-S.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-910649>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 06.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Schweiz und ihre Kantone

Föderalismus: Pfeiler schweizerischer Identität

26 Kantone sind gleichbedeutend mit 26 Schul- und Steuersystemen, 26 Strafgesetznungen, 26 politischen Organisationsformen. Der Föderalismus ist zentraler Bestandteil des politischen Selbstverständnisses der Schweiz. Er ist Bollwerk gegen den vielgeschmähten Zentralismus und dieser Tage eher wieder im Aufwind.

Am 22. September 1985 hat sich das Schweizer Volk mit einem Stimmverhältnis von drei zu zwei für die Vereinheitlichung des Schuljahrsbeginns ausgesprochen. Schon seit langem hatte die Frage die Gemüter bewegt

Daniel-S. Miéville*

und war auch Gegenstand mehrerer parlamentarischer Interventionen gewesen. In einer Zeit, in der man die Mobilität pries, erschien die Tatsache, dass das Schuljahr an einem Ort im Herbst, anderswo im Frühling begann, als ernsthaftes und anachronistisches Hindernis für die Bewegungsfreiheit von Familien mit Kindern im schulpflichtigen Alter. Nachdem es die Kantone Bern und Zürich in Volksabstimmungen abgelehnt hatten, sich dem Rest des Landes anzupassen, wurde das Schweizer Volk aufgerufen, über die Sache zu urteilen.

Bei dieser Volksabstimmung, welche die Kantone auf einem Gebiet zum Gleichschritt verpflichtete, in dem sie weitgehend souverän waren und bleiben, handelt es sich um einen aussergewöhnlichen Fall. Der Föderalismus ist neben der direkten Demokratie und der Neutralität einer der drei Pfeiler der helvetischen Identität. Als die Rede davon war, Appenzell Innerrhodens zur Einführung des Frauenstimmrechts auf Kantonebene zu zwingen, war das ein

*Daniel-S. Miéville ist Inlandredaktor beim «Journal de Genève et Gazette de Lausanne»

Drama, welches eine lebhaft Polemik auslöste. Zwei Grundsätze lagen miteinander im Streit: die Loyalität gegenüber der in der Verfassung verankerten Gleichheit von Mann und Frau und das Selbstbestimmungsrecht der Kantone. Die Betroffenen regelten die Angelegenheit im letzten Moment selbst, indem sie den Frauen Zutritt zur Landsgemeinde gewährten.

Wenn man hierzulande von Föderalismus spricht, geschieht es meist im Zusammenhang mit der Klage über den natürlichen Hang des schweizerischen politischen Systems zum Zentralismus. Diese Tendenz kann man nicht leugnen. Doch wenn man die Dinge mit etwas Abstand betrachtet, erscheint die Schweiz angesichts ihrer Kleinräumigkeit immer noch als ein ausserordentlich buntes Mosaik. Innerhalb der Landesgrenzen findet man ebenso viele Schul-, Rechts-, Strafgesetz- und Verfassungssysteme, wie es Kantone und Halbkantone gibt. Zwar wurde der Schuljahresbeginn vereinheitlicht, doch hütete man sich, die Angleichung auf den Beginn und die Dauer der obligatorischen Schulzeit auszudehnen, wie es einige gewünscht hätten. Jeder Kanton hat also die Eigenheiten seines Schulsystems beibehalten.

Wussten Sie, dass die Schweiz nicht weniger als 26 Strafgesetznungen kennt? Das kompliziert natürlich eine Untersuchung, sobald sie sich auf mehrere Kantone erstreckt! Nur vier Kantone haben sich bis heute mittels kantonaler Initiativen für eine ein-

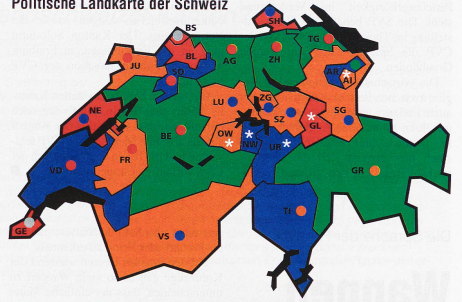
heitliche Strafgesetznung ausgesprochen.

Ebenso hat jeder Kanton sein eigenes Steuersystem. Ein 1993 angenommenes Gesetz über die Steuerharmonisierung räumt den Kantonen eine Frist von acht Jahren ein, um sich einigermaßen aufeinander abzustimmen. Doch bis zum Jahr 2001 ist bloss eine materielle Harmonisierung gefordert. Trotz gleicher Steuerveranlagung bleibt es jedem Kanton freigestellt, den Steuerfuss nach eigenem Ermessen und nach eigenen Bedürfnissen festzulegen. Damit wird also der Wettbewerb der Kantone un-

besonders interessante Steuerpflichtige nur sehr bedingt beseitigt.

Der Föderalismus könnte sogar eine neue Blüte erleben, wenn es darum geht, die Probleme zu meistern, die aus den unterschiedlichen Zukunftsvisionen der West- und der Deutschschweizer resultieren. Man spricht davon, die Anwendung des Gesetzes über den Erwerb von Immobilien durch im Ausland wohnhafte Personen zu kantonalisieren: Damit möchte man die Krise entschärfen, die aus dem Nein des Volkes zur revidierten Lex Friedrich entstanden ist.

Politische Landkarte der Schweiz



In Farbe: die stärksten Parteien bei den Wahlen '95 (Punkt: zweitstärkste Partei)

★ Kantone mit Majorzwahlen (nur ein Sitz im Nationalrat)

Nachlese zu den eidgenössischen Wahlen vom 22. Oktober 1995

Eine Polittkarte der Schweiz

In welchen Landesteilen sind die Parteien besonders stark? Nach einer ersten Wahlanalyse («Schweizer Revue» 6/95) beschäftigen wir uns in dieser Nummer mit der «geografischen», sprich kantonalen Verteilung der Stimmen.

Nimmt man eine Karte der Schweiz zur Hand und übermalt die einzelnen Regionen mit einer Farbe für die stärkste Partei, so ergibt sich folgendes Bild: von Basel nach Genf ein sozialdemokratischer «Jura-Bogen» (Ausnahmen: die Kantone Waadt und Jura), eine noch immer mehrheitlich christlichdemokratische Innerschweiz, eine vielfältige Ostschweiz, eine SVP-Vormacht vom Kanton Bern bis an den Rhein, im Tessin eine FDP-Dominanz

und im Wallis ein Übergewicht der CVP.

Der Jura-Bogen, also jener Teil der Schweiz, der mehrheitlich an Frankreich grenzt und zwischen den beiden Grossstädten Genf und Basel liegt,

Giuseppe Rusconi

pflegt ein entspanntes und offenes Verhältnis zum «grossen Nachbarn». Man kennt keine Berührungängste gegenüber dem benachbarten Ausland, wie dies in Gegenden, die an Deutschland grenzen, oft der Fall ist. Im Jura-Bogen sind die Sozialdemokraten und Freisinnigen traditionell gut vertreten. Mit den Liberalen gibt es in den meisten Kantonen noch eine dritte, konservative, jedoch europafreundliche Kraft. Im Jura nehmen die Christlichdemokraten, die zu den «Gründervätern» des jüngsten Schweizer Kantons gehören, eine führende Position ein.

Diese Stärkeverhältnisse wurden bei den Wahlen im vergangenen Oktober ein weiteres Mal bestätigt. In beiden Basler Halbkantonen sowie in Neuenburg und Genf ging die SP als stärkste Partei hervor, in Basel-Stadt mit einem Sprung nach vorn um rund 10 Prozent. Die FDP belegt im Kanton Waadt die Spitzenposition (dicht gefolgt von der SP, die nur wenige Zehntelpunkte zurückliegt), die CVP im Kanton Jura, wo die SP den Freisinnigen den zweiten Rang abgelaufen hat.

Die katholische Zentralschweiz ist traditionelles CVP-Territorium. (Diese Region mit Luzern als Zentrum stellte im kurzen Bürgerkrieg von 1847 auch die meisten Kantone des sogenannten «Sonderbunds».) Die CVP wurde in den Kantonen Luzern (allerdings nur knapp), Schwyz, Obwalden, Zug und Uri (wenn man die Ständeratswahlen miteinbezieht) als stärkste Partei bestätigt. Zum ersten Mal in diesem Jahrhundert verlor sie jedoch den Halbkanton Nidwalden an die Freisinnigen. Die

SVP legte in den Kantonen Zug, Luzern und Schwyz mächtig zu (überall mehr als 10 Prozent), wobei sie der CVP weit mehr Wähler abspenstig machte als der FDP. Es scheint also, dass sich ein Teil der konservativen Wählerschaft jener Kantone durch die traditionellen bürgerlichen Parteien nicht mehr so gut vertreten fühlt, vor allem (aber nicht nur) in bezug auf die Europa-Frage.

In der Ostschweiz existiert zwar keine Dominanz einer Partei, doch auch dort konnte die Schweizerische Volkspartei die meisten Zuwächse (zum Beispiel massiver Zuwachs in Appenzell Ausserrhodens und St. Gallen). Die Christlichdemokraten bleiben trotz Verlusten die grösste Macht im wichtigen Kanton St. Gallen sowie – eine lange Tradition – in Appenzell Innerrhodens. Die Freisinnigen wiederum schwingen in Appenzell Ausserrhodens, die Sozialdemokraten in Schaffhausen und Glarus, wobei in Glarus – wie in den andern Kantonen mit nur einem Sitz – mehr die Persönlichkeit als die

| | ZH Zürich | BE Bern | LU Luzern | UR Uri | SZ Schwyz | OW Obwalden | NW Nidwalden | GL Glarus | ZG Zug | FR Freiburg | SO Solothurn | BS Basel-Stadt | BL Basel-Landschaft |
|-----------------------------|--------------|------------|--------------|-----------|--------------|----------------|-----------------|--------------|-----------|----------------|-----------------|-------------------|------------------------|
| Eintritt in den Bund: | 1351 | 1353 | 1332 | 1291 | 1291 | 1291 | 1291 | 1352 | 1352 | 1481 | 1481 | 1501 | 1501 |
| Hauptort: | Zürich | Bern | Luzern | Allidorf | Schwyz | Sarnen | Stans | Glarus | Zug | Freiburg | Solothurn | Basel | Liestal |
| Bevölkerung 1994 (in 1000): | 1168,6 | 941,8 | 337,9 | 35,9 | 120,6 | 31,0 | 36,0 | 39,4 | 90,4 | 222,2 | 237,3 | 197,1 | 251,3 |
| davon Ausländer (in 1000): | 239,7 | 102,5 | 47,3 | 3,0 | 18,2 | 3,2 | 27,6 | 8,1 | 16,7 | 29,8 | 36,1 | 49,3 | 38,9 |
| Fläche in km²: | 1729 | 5961 | 1494 | 1077 | 908 | 491 | 276 | 685 | 239 | 1671 | 791 | 37 | 518 |